

Immer mehr Junge sind psychisch krank

Die Zahl der IV-Renten in der Schweiz steigt auf einen Höchststand

ALBERT STECK

Lange Wartezeiten bei Jugendpsychologen und Kliniken, Absentismus an der Schule, steigende Abbruchquoten in der Lehre: Die Meldungen häufen sich, wonach psychische Probleme bei jungen Menschen in der Schweiz stark zunehmen. Auch in Befragungen erklärt eine wachsende Gruppe von Personen, dass sie unter psychischen Beschwerden leide. Doch handelt es sich hier primär um eine subjektive Wahrnehmung, oder verschlechtert sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung tatsächlich?

Die Invaliditätsstatistik von dieser Woche zeigt nun: Es handelt sich nicht um ein temporäres Phänomen, sondern um einen längerfristigen Trend. Die neu bezogenen IV-Renten in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen sind auf einen Rekordstand geklettert. In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen sind auf einen Rekordstand geklettert. In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen sind auf einen Rekordstand geklettert. In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen sind auf einen Rekordstand geklettert.

Schwierige Reintegration

«Ich halte diese Entwicklung für besorgniserregend», sagt der Psychologe Niklas Baer vom Kompetenzzentrum Workmed der Psychiatrie Baselland. «Wenn jemand psychische Probleme hat, profitiert er von einer stark ausgebauten Infrastruktur zur Betreuung und Therapie. Dies müsste eigentlich dazu führen, dass solche Fälle von Invalidität verhindert werden. Stattdessen erleben wir nun eine massive Zunahme.»

Offenbar funktionierten die ergriffenen Massnahmen nicht wie gewünscht, erklärt Baer. «Besonders bei den Jungen beobachten wir eine Enttabuisierung der psychischen Leiden – gerade auch in den sozialen Netzwerken.» Dass sie sich bei ersten Symptomen schneller behandeln liessen, werte er grundsätzlich positiv. Umso bedenklicher aber sei es, dass die Reintegration der Betroffenen nicht besser gelinge.

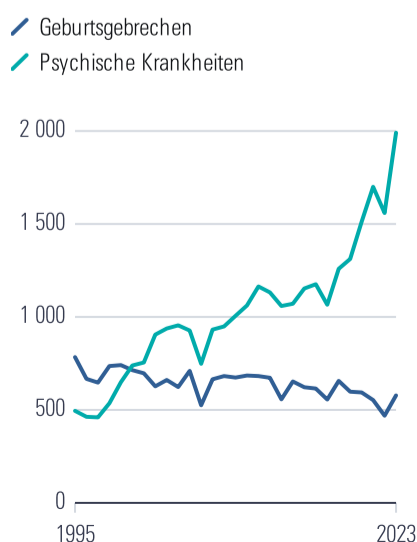
Früher waren Geburtsgebrechen der weitaus häufigste Grund, der bei Jungen zu einer IV-Rente führte. Inzwischen liegt dieser Anteil nur noch bei einem Fünftel. Dagegen haben sieben von zehn Neurenten psychische Gründe. Doch psychische Erkrankungen sind bei allen Altersgruppen stark auf dem Vormarsch: Sorgen sie vor zehn Jahren noch für weniger als 6000 Neurenten, sind es inzwischen mehr als 10 000. Allein im letzten Jahr betrug die Zunahme 20 Prozent.

Jobverluste sind vermeidbar

Andreas Heimer von der Firma PK Rück hat diese Entwicklung ziemlich präzise vorausgesagt. Das Unternehmen dokumentiert und begleitet Fälle von

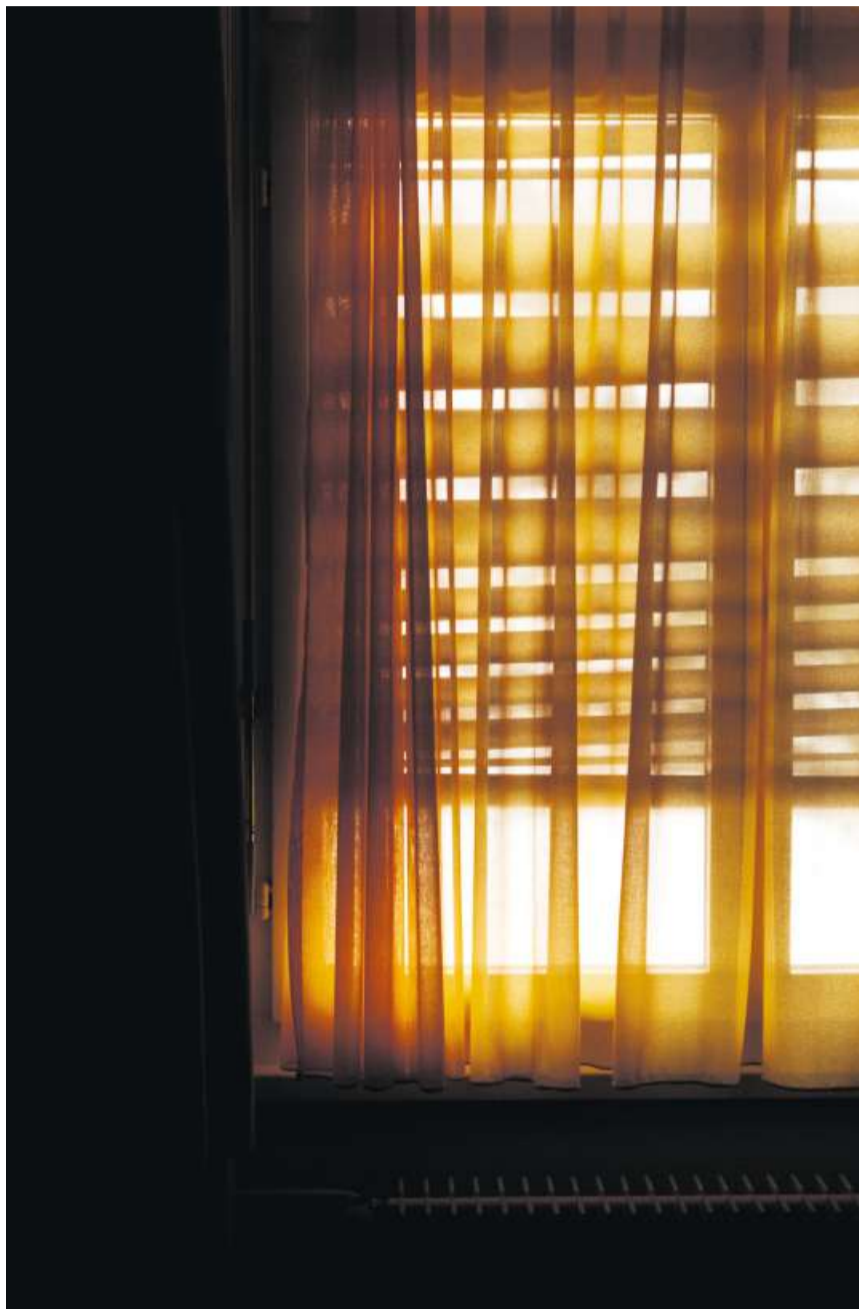
Rekord an psychischen Erkrankungen

IV-Neurenten bei den 18- bis 24-Jährigen



QUELLE: BSV

NZZaS / sal.



Trotz guten Therapien will der Weg zurück ins Licht nicht gelingen.

ANNICK RAMP / NZZ

Arbeitsunfähigkeit in 10 000 Betrieben mit 250 000 Angestellten. Diese Daten ermöglichen ein Frühwarnsystem – lange bevor die Invalidenversicherung zum Zug kommt. Seit 2019 beobachtet er, dass die Krankschreibungen wegen Burnout und psychischer Gründe deutlich zunehmen. «Ebenso stellen wir fest, dass die Arbeitgeber und Versicherungen oftmals zu spät reagieren und zu wenig eng kooperieren. Solche Jobverluste liessen sich vielfach verhindern.»

Das führe zu hohen Kosten, so Heimer: Pro Fall müsse man durchschnittlich 250 000 Franken für die versicherten Leistungen einkalkulieren – hinzu kommt die IV-Rente des Staates. Je jünger die betroffene Person ist, desto teurer wird es. «Für das Integrations-Coaching planen wir mit einem Budget von 10 000 bis 15 000 Franken. Das ist ein Bruchteil der Kosten, die ein Arbeitsausfall verursacht.»

Auch die IV gibt immer mehr Geld für die Eingliederung aus. Im letzten Jahr waren es 2 Milliarden Franken, drei Viertel davon gingen an Personen unter 25. Der Gesamtaufwand erreichte im letzten Jahr gut 10 Milliarden, wobei die total 250 000 IV-Renten 5,6 Milliarden kosteten.

Renten erst ab 30?

Gestützt auf seine Fallzahlen geht Heimer davon aus, dass der Anstieg bei den Rentenempfängern weitergeht. Zwar helfen die tiefe Arbeitslosigkeit und der Mangel an Fachkräften bei der Integration. Gerade bei den über 50-Jährigen hätten sich die Chancen verbessert. «Doch bei psychischen Leiden sind Eingliederungen anspruchsvoller: Hat jemand Konzentrationsprobleme, bleibt dieses Handicap unabhängig vom Beruf bestehen.»

Erschwerend komme hinzu, dass neue Krankheitsbilder auf dem Vormarsch seien, etwa ADHS, Autismus-

Spektrum-Störungen oder posttraumatische Belastungsstörungen. Das vergrössere die Unschärfe bei den Diagnosen, sagen beide Experten. «Wir werden zwar sensibler in der Wahrnehmung psychischer Probleme und gehen professioneller damit um», betont Niklas Baer. «Die Häufigkeit psychischer Krankheiten in der Bevölkerung hat sich im Prinzip jedoch kaum verändert.»

Baer hatte bereits vor acht Jahren den Vorschlag lanciert, psychisch Erkrankte sollten mit Ausnahme von sehr schweren Beeinträchtigungen erst ab 30 eine IV-Rente bekommen. Dies würde den Druck auf die berufliche Integration erhöhen, lautete seine Begründung. Denn bei einem 20-Jährigen könne man nur schwer prognostizieren, wie seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt zehn Jahre später aussähen.

Heute sieht sich der Psychologe bestätigt: «Sehr schwer beeinträchtigte Junge wurden immer schon berentet. Doch offenbar bewegt sich die Grenze, ab wann jemand noch als arbeitsfähig gesehen wird, zunehmend nach unten.» Umso wichtiger sei es, dass die Eingliederung der Betroffenen wirklich gelinge – im Interesse der IV-Empfänger wie auch der ganzen Gesellschaft.

NZZ Live

Über die Kraft von negativen Gefühlen
11. Juni, 20.00 Uhr, Kaufleuten, Zürich

Mit dem Psychologen Lukas Klaschinski begibt sich Sven Preger, Leiter Podcast «Neue Zürcher Zeitung», auf eine Erkundungsreise durch die Psyche: Wann entstehen negative Gefühle? Wie können wir mit ihnen umgehen? Und welche Erkenntnisse stecken in ihnen?

Tickets unter nzz.ch/live

Biden wandelt auf Trumps Spuren

Ein Handelskrieg ist für die Welt teuer – das Hauptrisiko für die globale Weltwirtschaft liegt aber anderswo

GERALD HOSP

Darf es noch ein bisschen mehr sein? Washington erhöht die Zölle für den Import chinesischer Lithium-Ionen-Batterien von 7,5 auf 25 Prozent, die Zölle für Solarzellen und Halbleiter werden verdoppelt, diejenigen für Elektrofahrzeuge gar vervierfacht. Und auch die Einfuhr weiterer Güter wie Stahl, Aluminium, Batterie-Komponenten, bestimmte Rohstoffe und Schiffskräne aus China wird verteuert.

Bereits wird von einem neuen Handelskrieg unter Joe Biden gesprochen – wie bereits 2018, als der damalige Präsident Donald Trump seine handelspolitischen Massnahmen gegen China und anderen Staaten losgetreten hatte. Auch die EU untersucht, ob die Importe chinesischer E-Autos durch unfaire Subventionen Chinas zugelegt haben. In beiden Fällen droht Peking damit, seinerseits die Zölle für US- und EU-Güter zu erhöhen.

Jeder gegen jeden

Mehrere Studien zeigen, dass der vergangene Handelskrieg die amerikanische und die chinesische Wirtschaft geschädigt hat. Trump kritisierte aber Biden bereits, dass er zu wenig hart gegenüber Peking aufträte. Die Massnahmen des Demokraten betreffen tatsächlich nur ein geringes Handelsvolumen von 18 Milliarden Dollar. Die USA importieren so gut wie keine Elektrofahrzeuge aus China. Am meisten sind die Einfuhren von Batterien betroffen, was die Produktion für amerikanische Hersteller von Elektrofahrzeugen teurer machen wird. Die Konsumenten leiden ohnehin schon.

Trump war der Überzeugung, Handelskriege seien für die USA leicht zu gewinnen. Die Zölle unter Trump zielten auf Importe von 300 Milliarden Dollar aus China. Trump plant bereits für eine mögliche zweite Amtszeit, die Zölle für chinesische Elektrofahrzeuge, die in Mexiko montiert werden, auf 200 Prozent zu erhöhen. Alle Importe aus China sollen mit einem Strafzoll von 60 Prozent belegt werden. Das Ziel von Trump war es, das Defizit in der Aussenhandelsbilanz abzubauen. Ein Blick in die Zahlen zeigt, dass dies nicht gelungen ist.

In ökonomischen Modellen, die Handelskriege abbilden, ergeben sich unter bestimmten Annahmen zunächst Gewinne aus einseitig eingeführten Zöllen. Ein Land kann dadurch das sogenannte Tauschverhältnis verbessern: Ein Importzoll senkt im Normalfall die Nachfrage nach ausländischen Gütern, ausländische Produzenten müssen dann billiger anbieten. Dadurch verbessert sich die Position im Welthandel für das Land mit Zöllen.

Zudem können Gewinne zu inländischen Unternehmen verschoben und Firmen aus dem Ausland angezogen werden. Auch wenn langfristig ein einseitiges Vorgehen schädlich ist, weil die eigenen Konsumenten geschädigt werden, kann kurzfristig aus dem Protektionismus vor allem politischer Nutzen gezogen werden. Das historische Beispiel sind die 1930er Jahre, als die USA mit dem Smoot-Hawley-Gesetz die Zölle für mehr als 900 Güter in die Höhe schraubten und damit einen Wettlauf des Protektionismus anstießen. Die Zölle wurden um gut 45 Prozent erhöht, das Welthandelsvolumen ging um rund einen Viertel zurück. Aus dieser Erfahrung heraus entstand nach dem Zweiten Weltkrieg 1947 das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt), das später in die Welthandelsorganisation (WTO) überging.

Der Handelsökonom Ralph Ossa rechnete vor einiger Zeit die Kosten eines Handelskriegs, bei dem alle Länder ihre Grenzen schliessen, folgendermassen aus: Ein Viertel des Wohlstands über alle Länder hinweg besteht aus Handelsgewinnen. Durch einen Handelskrieg ist davon ein Viertel bedroht. Dies ergibt in einer Überschlagsrechnung einen Rückschlag für die weltweite

Wirtschaftsleistung von 6,25 Prozent. In einem solchen Fall würde das Schweizer Realeinkommen gemäss den Berechnungen um 14 Prozent zurückgehen, das der grossen Wirtschaftsblöcke EU, China und USA aber nur um rund 2 Prozent. Kleinere Länder sind tendenziell stärker vom Aussenhandel abhängig.

Die Biden-Regierung reklamiert für sich, dass ihr Vorgehen gezielt und strategisch sei. So werden die Zölle vor allem auf «grüne» Produkte wie Elektrofahrzeuge und Solarzellen aufgeschlagen, bei denen die USA China unfaire Handelspraktiken vorwerfen. Auch dieses Vorgehen hat einen Vorläufer. Selbst ein Zoll von 100 Prozent ist nicht neu. In den 1980er Jahren führte der damalige republikanische Präsident Ronald Reagan einen Handelskrieg gegen Japan.

Reagan führte mehrere Massnahmen ein, unter anderem eine Importabgabe von eben 100 Prozent für japanische Computer, Fernseher und elektrische Werkzeuge im Wert von 300 Millionen Dollar. Die US-Produzenten profitierten aber wenig, und der Preis der Speicherchips erhöhte sich für US-Computerbauer. Teile der Halbleiterproduktion gingen von Japan nach Südkorea oder Taiwan. Die Zölle und Quoten halfen den Amerikanern nicht, das Handelsbilanzdefizit dauerhaft abzubauen.

Für mehr amerikanische Exporte nach Japan sorgte weniger die Handelspolitik, sondern vielmehr die makroökonomische Entwicklung: Der stärker werdende Yen liess die Japaner mehr ausländische Waren kaufen. China lässt sich aber wohl nicht wie Japan darauf ein, den Leitzins zu senken, um die Nachfrage im Inland zu erhöhen. Trump hatte vielmehr mit Peking vermehrte Importe von amerikanischem Soja und Erdgas ausgehandelt, um das US-Defizit zu senken.

Gefahr der Fragmentierung

Die Neuauflage der Zollerhöhungen unter Biden zeigt noch etwas anderes auf: Washington schert sich derzeit wenig um ein regelgebundenes Welthandelssystem, das von der WTO verkörpert wird. Vielmehr vertrauen die USA auf die Macht des Stärkeren – was auch zu einer Spirale der Zollerhöhungen führen kann.

Für den Handelsexperten Ossa, der seit 2023 Chefökonom der WTO ist, besteht derzeit das Hauptrisiko in einer Fragmentierung der Weltwirtschaft. Wenn die Welt wegen der Geopolitik in zwei Handelsblöcke zerfällt, könnten laut einer Studie der WTO die Kosten der Zersplitterung gut 5 Prozent des weltweiten Realeinkommens betragen. Der Internationale Währungsfonds kommt zu ähnlich hohen Kosten in einer Studie. Damit liegen die Wohlstandseinbussen ähnlich hoch wie bei einem ausgewachsenen Handelskrieg, bei dem jeder gegen jeden kämpft.

Hartnäckige Defizite im Handel mit Japan und China

Handelsbilanzsaldo der USA mit dem entsprechenden Land, nominal, in Mrd. \$



NZZ / gho.